Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 1 mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 ℳ, monatl. 1.00 ℳ ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 1 mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ. Inserate aus Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 35. Sonnabend, den 4. Februar 1911. 105. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* **Für die Jahresausstellung bildender Künstler Leipzig 1911 haben Oberbürgermeister Dr. Dittrich, Geheimrat Max Klinger und Geheimrat Seffner das Ehrenpräsidium übernommen.** (S. Lpzg. Ang.)

* Der Vorstand des Deutschen Künstlerbundes plant für 1913 eine große Bundesausstellung in Leipzig. (S. K. u. W.)

* Die Erste hessische Kammer nahm nach unwesentlicher Debatte die Wahlrechtsvorlage und die dadurch bedingte Aenderung der Artikel 67 und 75 der Verfassung, sowie das Gesetz über die Wahlkreiseinteilung einstimmig an.

* **Das Schwurgericht in Essen hat die des Meineids Angeklagten Schröder und Genossen im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.** (S. Gerichtssaal.)

* Pariser Blätter berichten, daß der Sultan von Wadai zu neuen Kämpfen gegen die Franzosen rüste. (S. Ausl.)

* Im Zirkusraum des Leipziger Kristallpalastes fand gestern die erste „Oedipus"-Aufführung der Deutschen Volksfestspiel-Gesellschaft unter der Regie Max Reichardts statt. (S. d. bes. Art.)

* Das Unwetter an der katalonischen Küste hat mehrere hundert Opfer an Menschenleben gefordert. (S. Tagesch.)

„Der Kampf gegen Rom."

Die Zentrumsblätter jubeln, sekundiert vom Berliner Bündlerblatte: Es weht Kulturkampfluft durch die Presse aller Parteien. Zweifellos ist das eine durchaus richtige Beobachtung. Zwar gibt es keinen ernsthaften, seiner Verantwortung bewußten Mann, vor allem keinen politischen Menschen, den nach einer neuen Auflage des Kulturkampfes dürstete — die paar Ultras, denen der „Kampf gegen Rom" Lebensaufgabe und Beruf ist, sind eine Quelle steter Verlogenheit in den Parteien, denen sie sich angeschlossen haben, und spielen in ihnen keine Rolle — aber die „Rechtsbelehrung", die der Papst in seinem Pontifikatschreiben dem Erzbischof von Köln erteilt hat, revoltiert in der Tat die deutschen Gemüter. Sie hat in protestantischen Kreisen, selbst da, wo man aus Gründen parlamentarischer und parteitaktischer Bruderschaft bisher alles zum Besten zu kehren geneigt war, alarmierend, aufscheuchend, herausfordernd gewirkt und ist, darüber können alle Interpretationsbemühungen und Entschuldigungsversuche nicht hinwegtäuschen — auch von unseren katholischen Mitbürgern, zumal denen München-Gladbacher Färbung, als eine peinliche Beunruhigung empfunden werden.

In solchen Fällen pflegt der normale Staatsbürger zu erklären: Es muß etwas geschehen! Und da die Deutschen nun einmal im tiefsten Sinne autoritätstreue, ordnungsliebende Leute sind, blicken sie hilfeflehend oder auch zürnend und Hilfe fordernd die Regierung an und sagen ihr: Nun ist die Sache an dir, jetzt mußt du etwas tun. Fragt sich nur: was. Auch wer wie wir sich von jeder unmotivierten Hinneigung zum System Bethmann frei weiß, wird doch gestehen dürfen, daß die Regierung sich in einer wenig erfreulichen und noch weniger ergiebigen Situation befindet. Gewiß könnte man sich einen Modus denken, der, wenn auch nicht von heute zu morgen, so doch nach und nach eine reinliche Lösung des Problems verhieße: die völlige Trennung von Kirche und Staat. Dieser Weg aber ist bei den nun einmal in Preußen-Deutschland herrschenden Vorstellungen, bei den Stimmungen in den Kreisen der Regierung und der ausschlaggebenden Parteien zurzeit leider ausgeschlossen. Muß man aber von diesem Wege, der zugleich im „Kampf gegen Rom" das höchste und wirksamste Pressionsmittel bedeutet, absehen, so behält der Staat nicht mehr so gar viel in Händen, um sich wirksam papistischer Ansprüche zu erwehren.

Da ist zunächst die ja auch mehrfach vorgeschlagene Aufhebung der katholischen theologischen Fakultäten. Sicher kann man sie aufheben. Man kann sogar weitergehen und durchaus mit Recht erklären: Wenn der Modernisteneid von allen ohne Ausnahme geschworen wird, haben diese Fakultäten überhaupt keinen Zweck mehr. Aber dann wird die Ausbildung der künftigen Geistlichen eben auf den bischöflichen Seminaren erfolgen, und die Lehrer an diesen Anstalten werden Kleriker sein, die an irgend einem römischen Kolleg ihren Studiengang absolvierten. Damit würde von selbst und ohne alle weiteren Apparate die in der Kulturkampfzeit durchgesetzte und seither bewahrte Bestimmung, daß, wer an deutschen Priesterseminaren unterrichten will, drei Jahre in Deutschland studiert haben muß, beseitigt sein. Wir würden uns also, bei Licht besehen schlechter stehen als bisher. Wir hätten zwar die Ehre und das Vergnügen, für die katholischen Geistlichen zu bezahlen, im übrigen aber auch nicht den bescheidensten Einfluß auf ihren Bildungsgang.

Anders steht es schon mit der vielfach propagierten Aufhebung der preußischen Gesandtschaft am Vatikan. Das kann man machen und soll's auch tun. Diese Gesandtschaft kostet immerhin verhältnismäßig viel Geld und hat nur höchst minimalen Wert. Die Aufhebung wäre vorwiegend ein symbolischer Akt, sintemalen die eigentlichen diplomatischen Verhandlungen zwischen Rom und Berlin doch meist durch die großen Kirchenfürsten geführt werden. Aber der Wert dieser symbolischen Handlung würde in Deutschland und vielleicht auch in Rom nicht gering anzuschlagen sein.

Gar nicht viel versprechen wir uns von einer Interpellation im preußischen Abgeordnetenhause. Was kann eine Regierung, die niemals die letzten Konsequenzen zu ziehen fest entschlossen ist, in solchen Situationen sagen? Nichts oder noch weniger als das. Mehr oder minder wohllautende Redensarten, deren innere Richtigkeit man sofort empfände und sicher auch der Regierung vorhielte. Dagegen versprechen wir uns einen gewissen Erfolg, wenn im preußischen Abgeordnetenhause bestimmte Anträge gestellt und angenommen werden, die die Regierung zum Handeln zwingen. Man muß unter allen Umständen durchzudrücken versuchen, daß im Zeichen des Modernisteneides kein katholischer Geistlicher mehr als Oberlehrer, als Kreisschulinspektor und Seminardirektor angestellt wird. Denn sie werden diesen Eid nach längerem oder kürzerem Widerstreben schließlich alle leisten. Schon heute wird vertraulich berichtet, daß die meisten in solchen Stellungen wirkenden Geistlichen ihn geschworen hätten, und die übrigen dabei wären es zu tun. Weiterhin ist aber auch durch einen entsprechenden Antrag zu fordern, daß Hochschullehrer, die sich nicht so mannhaft wehren, wie die katholischen Theologen in Münster, die vielmehr doch noch ihren Frieden mit Rom machen und den Eid leisten, bei keiner Fakultät einer deutschen Universität mehr geduldet werden, daß sie vielmehr infolge einer derartigen Bindung freier Forschertätigkeit zum Verzicht auf ihr akademisches Lehramt gezwungen werden. Auf diese Weise, dünkt uns, kann der Kampf gegen römische Anmaßung und Unbotmäßigkeit fürs erste am aussichtsreichsten geführt werden. So wird auch die Lösung des wichtigsten Kulturproblems der Gegenwart, die Trennung von Kirche und Staat, am günstigsten vorgearbeitet. An den preußischen Abgeordneten ist es nun, zu handeln.

*

Stimmen aus Rom.

In Rom fand am Freitag wie alljährlich im Konsistoriumsaale des Vatikans die Feier von Mariä Lichtmeß statt. Berliner Blätter melden als auffallende Tatsache, daß bei dieser Feier entgegen der römischen Tradition die Gesandten Preußens und Bayerns, Dr. v. Mühlberg und Freiherr v. Grünstein, anwesend gewesen seien. Der Papst habe sie mit ostentativer Freundlichkeit begrüßt.

Im Anschluß an diese auffallende Angelegenheit sei ein Bericht unseres römischen Mitarbeiters veröffentlicht:

Rom, 2. Februar.

Die deutschen Stimmen zur Epistel Pius X. an den Kardinal Fischer haben im Vatikan ein seltsames Echo gefunden. Noch vor der Kunde von dem Aufruhr, in den das nichtultramontane Deutschland durch die jüngsten päpstlichen Schmähungen versetzt wurde, kam es zu einer Entladung des latenten Konflikts zwischen dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val und dem Kardinal Rampolla, der die Absendung der Papstepistel als im höchsten Grade inopportun bezeichnete. Rampolla hat — das trägt sich im Vatikan von Mund zu Mund — bei dieser Gelegenheit seinem gepreßten Herzen in einer Weise Luft gemacht, daß es zu scharfen persönlichen Auseinandersetzungen kam, bei denen aus Rampollas Mund Worte wie „Pseudodiplomaten!" und „Ruin der Kirche" fielen. Das Seltsamste an der ganzen Affäre aber ist die mir von den kompetentesten Stellen versicherte Tatsache, daß Merry del Val sich aufs hartnäckigste der Absendung der Epistel widersetzt hatte, wohl wissend, daß sie geeignet sei, mancherlei neues Unheil zu stiften. Aber Merry del Val muß jetzt wohl oder übel ausbaden, was sein Herr und Gebieter eingerührt. Die ganze Verantwortung fällt — so versichert man hier ohne Unterlaß — auf den Kölner Kardinal zurück, der sich im November dem Papst gegenüber allzu entgegenkommend gezeigt und ihm die politische Situation in Preußen im Hinblick auf den Einfluß des Zentrums auf den Kaiser viel zu rosig gemalt habe.

Die päpstliche Kundgebung war, wie ich schon vor acht Tagen mitteilte, zwischen dem Kardinal Fischer und Pius im November verabredet worden. Dabei hatten aber die Herren nicht mit einer gewissen Mißstimmung des Kaisers gerechnet, von der man — ich konnte Ihnen damals sofort Mitteilung machen — Mitte Januar durch den Gesandten Herrn von Mühlberg im Vatikan Kenntnis erhielt. Schon um die Weihnachtszeit herum war man gewarnt worden, den Bogen in Sachen der antimodernistischen Eidesleistung allzu schroff zu spannen. Dann trat ein rein persönliches Moment hinzu, dessen Ursache noch immer streng geheimgehalten wird, und die Spannung zwischen dem Berliner Hof und dem Vatikan erreichte den höchsten Grad. Gerade jetzt hielt es Pius X. für angezeigt, sein anmutiges Brieflein nach Köln zu senden, das eigentlich für eine gewisse Berliner Adresse bestimmt war. Der Papst wollte eben ein Exempel für seine Macht statuieren, vor der sich auch Kaiser und Könige beugen müßten, er wollte in Sachen des antimodernistischen Eides reinen Tisch machen, wollte in seinem Reich wahrmachen, daß es nur einen Hirten und eine Herde gibt.

Aber der Papst hat zu wenig Verständnis für den schwarzblauen Block bewiesen. Kaum war sein Brief in Köln angelangt, da meldeten sich einige sehr gewichtige Stimmen des Zentrums bei Pius X. Ich habe durch Rücksprache mit einigen hellhörigen Monsignori den Eindruck gewonnen, daß das Zentrum jetzt sehr lebhaft im Verein mit Rampolla gegen Merry del Val agitiert.

Das Stiefkind der deutschen Kolonialverwaltung.

Die traurigen Vorgänge auf Ponape, bei denen vier deutsche Beamte der Mörderhand der Eingeborenen zum Opfer fielen, lenken wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit mehr denn je auf das Aschenbrödel unserer Kolonialverwaltung auf unseren Besitz in der Südsee. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß Dernburg über die Sorge für die afrikanischen Schutzgebiete die Südseekolonien fast vergessen hatte. Das beweisen nicht nur die Ziffern des Export- und Importhandels, sondern auch die Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse unserer afrikanischen Schutzgebiete. Auch unter Lindequists Leitung hat die Kolonialverwaltung, wie hier bereits einmal angedeutet, für den deutschen Besitz in der Südsee noch recht herzlich wenig getan.

So sieht der diesjährige Etat neben einer Erweiterung des Eisenbahnnetzes für die afrikanischen Kolonien eine Verbesserung der telegraphischen Verbindung vor. Werden doch allein für die Telegraphenlinien von Kete-Kratschi nach Bimbila (Togo) 50 000 Mark und von Kribi nach Großbatanga (Kamerun) 7500 ℳ gefordert. Die Auswechselung der oberirdischen Feldkabellinie Gibeon—Geitsabis—Maltahöhe (Südwestafrika) gegen eine oberirdische Telegraphenlinie erfordert 39 500 ℳ, und die Herstellung zweier Leitungen von Windhuk nach Karibib und von Keetmanshoop nach Nomansdrift (Südwestafrika) verschlingt sogar das hübsche Sümmchen von 72 000 ℳ; während für eine zweite Leitung von Daressalam nach Kilwa (Ostafrika) 45 000 ℳ ausgeworfen sind. Funkentelegraphenstationen sollen in den Hafenstädten Duala (Kamerun) und in Lüderitzbucht und Swakopmund (Südwestafrika) angelegt werden; sie beanspruchen zusammen einen Kostenaufwand von 420 000 ℳ. Außerdem werden für Versuche zur drahtlosen Uebermittelung von Nachrichten von der Versuchsstation in Nauen bei Berlin nach einer in Kamerun zu errichtenden transportablen Empfangsstation 200 000 ℳ gefordert werden.

Die Notwendigkeit dieser Ausgaben soll nicht bestritten werden, aber wir müssen trotzdem feststellen, daß der Etat 1911 die afrikanischen Schutzgebiete wahrhaft königlich bedacht hat im Vergleich zu den Südseekolonien, für die absolut keine Mittel zur Verbesserung der dort ganz mangelhaften Verkehrsmittel flüssig zu machen waren. Daß diese aber nunmehr beschafft werden müssen, lehrt uns der Aufstand in Ponape.

Die Ermordung des Bezirksamtmanns und der übrigen Stationsbeamten geschah im Oktober v. J. Am 16. November ging der „Cormoran" von Jap, der nächsten Kabelstation, in See mit dem Ziel Matupi, wo die Besatzung Weihnachten feiern wollte; am 13. Dezember — also zwei Monate nach Beginn des Aufstandes — bekam das Schiff von hier aus Order, nach Ponape zu gehen, und erst am 25. Dezember erhielt das deutsche Volk die Trauerbotschaft. Aber erst am 8. Januar konnte nach dem vorliegenden amtlichen Bericht die militärische Aktion gegen die aufständischen Eingeborenen eingeleitet werden, und wiederum nach Verlauf eines Monats, am 1. Februar, erhält das Mutterland Kenntnis von der Sühneexpedition. Daß das eine etwas zu reichliche Verzögerung in der Beförderung wichtiger Nachrichten ist, dürfte nun wohl auch an leitender Stelle klar geworden sein. Die Verzögerung entspricht aber leider den bestehenden gänzlich unzulänglichen Verkehrsverhältnissen.

Ponape, das selbst ohne jede Telegraphenstation ist und von den Dampfern der Jaluitgesellschaft nur alle 20 Wochen angelaufen wird, liegt 1200 Seemeilen von der Insel Jap entfernt. Das ist ungefähr die Entfernung Gumbinnen—Konstanz. Jap ist zwar Kabelstation der deutsch-niederländischen Telegraphenlinie Menado (Celebes)—Insel Guam, unterhält aber mit Ponape nur insoweit Nachrichtenverkehr, als je nach Bedürfnis die vorliegenden Telegramme zwischen beiden Stationen durch Depeschenboote ausgetauscht werden. In der Tat, bei den dortigen Raum- und Seeverhältnissen und in der Zeit der drahtlosen Telegraphie, eine äußerst primitive und unzuverlässige Nachrichtenübermittelung. Denn bei auftretenden Betriebsstörungen in dem einzigen Kabel Menado—Guam ist die Insel Jap wie natürlich auch Ponape vollständig auf Wochen von aller Welt abgeschlossen.

Diesem Uebelstand kann nur abgeholfen werden, wenn ein regerer Dampferverkehr zwischen den einzelnen Inseln unterhalten und die Orte, die wie Ponape Regierungssitz sind, mit Stationen für drahtlose Telegraphie (System Telefunken) versehen werden. Ebenso notwendig ist dann auch zur schnelleren Verständigung mit der Südsee die Errichtung einer Telefunkenstation in unserer jüngsten Kolonie in Kiautschau. Aber auch die in der Südsee stationierten Kriegsschiffe sind umgehend mit Einrichtungen für drahtlose Telegraphie auszurüsten. Um die Sicherheit unserer deutschen Brüder in den Südseekolonien zu erhöhen und die Achtung vor der deutschen Flagge zu fördern, muß es daher der Reichskolonialbehörde als ihre gegenwärtig vornehmste Aufgabe sein, durch Vorlegung eines Nachtragsetats die Mittel für einen beschleunigten Ausbau unserer Verkehrsverhältnisse in den Südseekolonien bereitzustellen, auch wenn es diesmal auf Kosten der afrikanischen Schutzgebiete geschehen sollte.

Die Befestigung des Panamakanals

Im Jahre 1915 soll der Panamakanal eröffnet werden. Die Natur hatte die Welt des Stillen Ozeans durch schwierige Meere und schroffer noch durch die starre Wand einer Festlandsbrücke zwischen Amerikas Hälften Jahrtausende lang von den östlichen Gestaden des Atlantischen geschieden: Menschenkunst hat die Schranke endlich durchbrochen, und Europas Kaufmann wird künftig sorgfältig rechnen, ob er seine Waren auf dem östlichen oder dem westlichen Wege vorteilhafter nach China und Japan entsenden soll, wird aber den bequemeren Verkehr mit Kalifornien, mit Peru und Chile als sicheren Gewinn der neuen Straße buchen.

Nur eine Besorgnis erschüttert diese frohe Aussicht: wie wäre es, wenn der Baumeister den Schlüssel des neuen Tores eines guten Tages in seine Tasche schöbe, um sein Geschäft an Südamerikas Westküste zu monopolisieren? Und wenn er aus zahlreichen triftigen Gründen es auch unterließe, eine Welt herauszufordern, aber nach der alten Weisheit: „Teile und herrsche!" bloß einen Genossen zum Wettbewerbe gestattete, nämlich den angelsächsischen Blutsbruder, dem der ob seiner törichten Nachtischplauderei soeben gerüffelte Commander Sims „den letzten Blutstropfen und den letzten Dollar" zur Verfügung gestellt hat?

Mr. Sims ist freilich mit einem derben Verweise gezüchtigt von Amerikas Präsidenten. Aber Mr. Taft hat in einer New Yorker Rede sich angelegentlich mit der Zukunft des werdenden Kanals beschäftigt, den er auf einer Sommerreise persönlich in Augenschein genommen hatte. Seine Rede war von zwei Gesichtspunkten geleitet: den Interessen des eigenen Landes und den Rücksichten auf England. Die übrigen Staaten werden nicht erwähnt. Und es sollen doch nicht bloß die zärtlichen Verwandten Uncle Sam und John Bull mit Westamerika Handel treiben und auch an der westlichen Verbindung mit Ostasien im Kriegs- und Friedenszeiten ein hohes Interesse haben, sondern noch verschiedene andere Staaten, z. B. ein gewisses Deutschland.

Nun soll der Panamakanal befestigt und für den Handel nach der Dezemberbotschaft ein amerikanischer Zoll auf die Durchfahrt gelegt werden. Beim Suezkanal heißt es bloß eine Gebühr, die für Rechnung der Aktionäre erhoben wird, und von Festungsanlagen ist keine Rede. Freilich haben wir jetzt Frieden in der Welt: was in Kriegszeiten John Bull tun wird, der Hauptaktionär und zugleich militärische Beherrscher der Kanalufer, darüber schweigt der wortkarge Herr. Aber der Onkel in Amerika ist weniger zurückhaltend in Wort und Tat. Er hat nicht die Aktien eines bankerott gewordenen Gesellschafters aufzukaufen brauchen, sondern Frankreichs unvollendet gelassenes Werk an sich gerissen und mit seinem Gelde die Meeresstraße ausgebaut, in die Galliens 1700 Millionen Franken versunken waren, soweit sie nicht andere Leute für edlere Stoffe, als das fade Salzwasser flüssig gemacht hatten. Nun aber pocht er auch auf seine 500 Millionen Dollar, die er aufgewandt hat — für den Kanal: so drückt sich Herr Taft nicht aus, sondern für die „Verbesserung der nationalen Verteidigung!" Also die unmittelbare Bedeutung für den Handel und nun gar für den Handel der Welt wird gar nicht an die Spitze gestellt, sondern der militärische Wert des Bauwerkes. Der gewiß vom Kulturgedanken aus sehr beachtenswerte Vorschlag, es durch ein internationales Abkommen zu neutralisieren, wird darum mit einer kurzen Handbewegung abgetan.

Mit England schweben Verhandlungen. Der Hay-Pauncefote-Vertrag, welcher den veralteten von Clayton und Bulwer ersetzte, hatte die Befestigungsfrage offen gelassen, weder ausdrücklich Amerikas Anspruch verneint noch auch bejaht. Seine Anerkennung soll jetzt nachgeholt werden, um allen Weiterungen vorzubeugen. Die Linie des Kompromisses findet sich in der Tafttede schon angedeutet: „ein Durchgangsweg für kriegführende Parteien, solange wir nicht selbst in den Streit mit hineingezogen werden." Das heißt herzlich unbestimmt gesprochen. Also wenn deutsche Schiffe einmal einen der Raubstaaten an der Westküste für Völkerrechtswidrigkeiten züchtigen wollen, dann berechtigt das Dogma Monroes von der Jungfräulichkeit des amerikanischen Festlandes und von der Union Recht und Pflicht zu ihrem Schutze, dem Strafgeschwader den Umweg durch die Straße Magelhaens zu empfehlen? Mit der Nation, „die uns zu vernichten sucht", ist Deutschland ja wohl nicht gerade gemeint, trotz des Geschreies, das über jeden neuen Besiedler Südbrasiliens usw. deutscher Zunge erhoben wird, sondern eine andere Macht auf der Rückseite der Weltkugel.

Immerhin würden wir gut tun, uns der

SLUB
Wir führen Wissen.